

Tagungsberichte

Angelika Hohenstein

Stadt und Bibliothek: Literaturversorgung als kommunale Aufgabe im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

8. Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte

Einführung

Der Wolfenbütteler Arbeitskreis für Bibliotheksgeschichte führte vom 2.-4. Mai 1994 seine 8. Jahrestagung durch. Die Tagung stand unter der Leitung von Dr. Jörg Fligge und Dr. Alois Klotzbücher und war dem Thema „Stadt und Bibliothek. Literaturversorgung als kommunale Aufgabe im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“ gewidmet. Die Eröffnung übernahm Professor Dr. Helwig Schmidt-Glintzer, der Direktor der Herzog August Bibliothek. Professor Dr. Peter Vodosek begrüßte die Teilnehmer im Namen des Arbeitskreises und wies darauf hin, daß Themen über Stadtbibliotheken allein durch die aktuelle Mangelsituation der städtischen Haushalte an Relevanz gewonnen hätten. Die früheren Jahrestagungen des Arbeitskreises befaßten sich durchweg mit Epochen; das Thema der 8. Jahrestagung hatte dagegen einen etwas anderen Zuschnitt und stellte mehr ein Querschnittsthema dar.

Alois Klotzbücher wies einleitend darauf hin, daß die heutige Finanzkrise der Kommunen und die negativen Auswirkungen auf die Stadtbibliotheken keine wirklich neuen Phänomene sind. Als im 19. Jh. vornehmlich in den Großstädten der Prozeß der Kommunalisierung einsetzte, gehörten Bibliotheken keinesfalls zu den Einrichtungen, um die sich Stadtrat und Stadtverwaltung vorrangig kümmerten. Nur ganz allmählich und letztlich erst in den Jahren der Weimarer Republik wurde akzeptiert, daß auch die Literaturversorgung der Stadtbevölkerung zu den städtischen Aufgaben gehört.

Den diesjährigen öffentlichen Vortrag hielt Professor Dr. Jürgen Reulecke¹ von der Universität-Gesamthochschule Siegen. J. Reulecke betrachtete den allgemeinen Prozeß der Kommunalisierung und ordnete die städtischen Bibliotheken in diesen Prozeß ein. Die 80er Jahre des 19. Jhs. stellten sozialpolitisch und verwaltungsmäßig eine Epochenschwelle dar. Bis dahin waren die Anforderungen an die kommunalen Verwaltungen quantitativ und qualitativ derart gewachsen, daß ein modernes Verwaltungswesen mit kommunalen Berufsbeamten aufgebaut werden mußte. Eine Leistungsverwaltung mit kommunaler Daseinsvorsorge entstand, wobei hauptamtliche Spezialisten rationale Planung und Gestaltung versprachen. Neben Wirtschaft und Sozialem gehörten Wissenschaft, Künste und Bildung zu den Aufgabenfeldern einer Stadt. Allerdings stand während des gesamten Kaiserreichs nicht die Versorgung breiter

Bevölkerungsschichten im Vordergrund, Maßnahmen für untere Bevölkerungsschichten wurden allenfalls punktuell im Sinne einer indirekten Sozialpolitik getroffen. So gingen Stadtväter auch auf die in den 90er Jahren oft ausgesprochenen Forderungen nach mehr Lesehallen und besser ausgestatteten Volksbibliotheken kaum ein. Kulturelle Einrichtungen für die breite Masse oder eine sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft waren bei den Stadtvätern geradezu unbeliebt. Erst die geistigen und politischen Verhältnisse der Weimarer Republik brachten hier Änderungen. Mitte der 20er Jahre wurden in nahezu allen Städten die Volksbüchereien zusammen mit den Volkshochschulen ausgebaut. Die Weltwirtschaftskrise zog dann eine Krise der kommunalen Selbstverwaltung nach sich und brachte praktisch den Bankrott der Städte. Doch der Prozeß der Urbanisierung, der die Kulturpflege grundsätzlich zur städtischen Aufgabe gemacht hatte, war unumkehrbar.

Die vorgestellten Fallbeispiele

Die Stadt Leipzig² hatte eine große Anzahl an Bibliotheken und Bibliothekstypen, darunter auch solche von überregionaler und nationaler Bedeutung. Zu Leipzigs Bibliotheken gehörten die Deutsche Bücherei, die Universitätsbibliothek (hervorgegangen aus der landesfürstlichen Bibliothek), die wissenschaftliche Stadtbibliothek (hervorgegangen aus der Ratsbibliothek), die Comenius-Bücherei, Volksbüchereien, städtische Büchereien, Arbeiterbibliotheken, die Zentralbibliothek für Blinde und Leihbüchereien. Diese Vielfalt läßt sich erklären aus dem geistigen Klima der Stadt und dem materiellen Wohlstand, die auch zur Förderung von Bibliotheken genutzt wurden. Sicherlich gingen Anregungen zum Sammeln und Archivieren von Büchern von der Buchmesse aus, zudem gaben die Ansiedlungen von Buchdruckern, Buchhändlern und später Verlegern ihre Impulse. Die Universität wurde 1409 gegründet und stellte ein weiteres Moment in der Buchstadt Leipzig dar. Der entscheidende Faktor aber, was die städtische Lite-

1 Der Titel des Vortrags lautete „Kulturförderung als Aufgabe der Stadt im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“.

2 Den Beitrag „Topographie einer Bibliotheklandschaft im Kaiserreich. Beispiel Leipzig“ lieferte Hans-Christian Mansschatz, Leipzig.

raturversorgung anbelangt, war das wohlhabende Bürgertum, das die Kunst und Kultur zum Wohle und Ruhme der Stadt förderte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. gewann die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt an Dynamik. Wie in anderen Städten entstanden ganz neue Verhältnisse, die Auswirkungen auch auf die Literaturversorgung hatten. Die Stadtverordneten fühlten sich für die Stadtbibliothek zuständig, die Förderung von Volksbibliotheken stand dahinter weit zurück. Daß die Stadt zu Beginn des 20. Jhs. in einem sogar bemerkenswerten Umfang an der Finanzierung der Volksbibliotheken beteiligt war, entwickelte sich als Gegenpol zum sozialdemokratisch bestimmten Arbeiterbibliothekswesen. 1910 beschließt der Rat der Stadt einen Plan für den Ausbau der Volksbibliotheken, ohne die wissenschaftliche Stadtbibliothek einzubeziehen. Walter Hofmann erstellte ein Gutachten, worin er gemäß dem Bücherhallenmodell die Errichtung von vier Volksbibliotheken als Bücherhallen, die Zentralisation der Verwaltung, die Dezentralisation der Aufstellung sowie die Ausleihe nach seinen pädagogischen Prinzipien vorsah. 1913 übernahm W. Hofmann die Leitung der Leipziger Volksbibliotheken, doch mangels privater und städtischer Förderung blieb der Zustand der Volksbibliotheken erbärmlich. Im Verhältnis dazu waren die Arbeiterbibliotheken in einem sehr guten Zustand. Erst in den Jahren der Weimarer Republik führten Ratsinitiativen zur Erweiterung des Volksbüchereisystems. Wegen der hohen Benutzung wurde ein Neubau geplant. Der Aufbau eines einheitlichen städtischen Bibliothekssystems wurde allerdings erst 1928 wirklich erwogen, als im Zusammenhang mit Finanzprüfungen die Ausrichtung und das Anschaffungsprofil der einzelnen städtischen Bibliotheken untersucht wurde. An die Überprüfungen schloßen sich harte Auseinandersetzungen zwischen Walter Hofmann, dem Leiter der Volksbibliotheken, und Johannes Hofmann, dem Leiter der Stadtbibliothek, an. 1929 kam es zu einer Vereinbarung, die die prinzipiell unterschiedlichen Aufgaben der Bücherhallen und der Stadtbibliothek festschrieb. Damit hatte Leipzig immer noch kein einheitliches städtisches Bibliothekssystem. Es kam lediglich zu Erwerbungsabsprachen, die Sammelgebiete wurden festgelegt, und mit Blick auf den beschränkten Anschaffungsetat sollten Dubletten vermieden werden. Wenn auch in den Jahren der Weimarer Republik in Leipzig die Voraussetzungen für ein städtisches Bibliothekssystem ungleich besser waren als während des Kaiserreichs, so verhinderten doch die starken Gegensätze zwischen W. Hofmann und J. Hofmann, daß sich mehr als die unbedingt notwendige Zusammenarbeit zwischen der wissenschaftlichen Stadtbibliothek und den Volksbibliotheken herausbildete.

Noch direkter als in Leipzig war in Frankfurt am Main³ die Entwicklung der Bibliotheken mit dem bürgerlichen Mäzenatentum verknüpft. Die Frankfurter Stadtbibliothek war wie in anderen Städten die wissenschaftliche Bibliothek der Stadt. Daneben gab es bedeutende wissenschaftliche Bibliotheken, die sich auf privater Basis entwickelten und erst spät in die öffentliche Hand übergingen. Bis weit in das 19. Jh. hinein war die Kulturförderung nicht eigentlich Aufgabe der Stadtregierung, vielmehr unterhielt das freistädtische Bürgertum in Form von Stiftungen kulturelle Institutionen und Veranstaltungen. Beispielsweise waren die Senckenbergische Bi-

liothek oder das Städelsche Kunstinstitut solche privaten Stiftungen. Auch die Volksbibliotheken hatten ihren Ursprung in privaten Vereinen. 1845 wurde in Frankfurt die erste Volksbibliothek gegründet, womit eine lange und kontinuierliche Entwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens begann. Aus dem Bürgertum heraus wurde eine Volksbibliothek „zur Verbreitung nützlicher Volks- und Jugendschriften“ unterhalten. Allerdings war damit nicht die Literaturversorgung unterer Bevölkerungsschichten beabsichtigt, sondern die des Bürgertums. Gesteuert wurde die Benutzung über eine Benutzungsgebühr. In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. traten neue soziale Gruppen bzw. Bewegungen auf, die mit ihrem Geld und Engagement weitere Bibliotheken gründeten. Es entstanden zwei Arbeiterbibliotheken, und das wohlhabende jüdische Bürgertum trat als Mäzen für wissenschaftliche Bibliotheken auf. Für die Stadtbibliothek wurde zwischen 1885 und 1895 ein Neuanfang gesetzt, sie wurde in Anlehnung an die Bücherhallenbewegung eine wissenschaftliche Gebrauchsbibliothek. Die Zersplitterung in Stadtbibliothek und mehrere private Bibliotheken, wie die Senckenbergische und die Rothschildische Bibliothek, wurde schon früh als ein Problem angesehen, aber erst zu Beginn des 20. Jhs. kam es zu Erwerbungsabsprachen. Denn zu Beginn des 20. Jhs. reichten die privaten Stiftungen nicht mehr aus, den gestiegenen Literaturbedarf zu decken. Die Stadt mußte zunehmend die Bibliotheken unterstützen. Als 1914 die Universität gegründet wurde, mündeten mehrere Stiftungen in die Universität, deren Literaturversorgung von der Stadtbibliothek, der Senckenbergischen Bibliothek und der Rothschildischen Bibliothek übernommen wurde. Der Bau einer Zentralbibliothek war nicht vorgesehen. Dieses Strukturproblem sollte für die Versorgung der Universität und der Stadt mit wissenschaftlicher Literatur für die erste Hälfte des 20. Jhs. bestimmend werden. Zwar ging 1923 die Senckenbergische Bibliothek in den Etat der Universität über, und die Rothschildische Bibliothek folgte 1928, womit wichtige Vorentscheidungen für eine Universitätsbibliothek in kommunaler Trägerschaft getroffen wurden. Doch diese gemeinsame städtische Verwaltung brachte noch keine Bibliothekskonzeption, kein Bibliotheksgebäude und keinen Zentralkatalog.

Bei den Lesehallen zeigten sich ähnliche Strukturprobleme. 1894 entstand aus privater Initiative die erste Lesehalle mit unentgeltlicher Ausleihe. Bereits ein Jahr später wurde deutlich, daß man ohne die finanzielle Unterstützung der Stadt nicht auskommen konnte. Die Kommunalisierung der Volksbibliothek begann in den 90er Jahren und war vor 1914 deutlich erkennbar. Zwar waren die Träger der Volksbücherei und der Freibücherei bürgerliche Vereine, doch wirkte die Stadt durch ihr finanzielles Engagement bestimmend auf beide Vereine ein.

Die Finanzkraft des bürgerlichen Mäzenatentums reichte gegen Ende des 19. Jhs. für die gestiegenen Anforderungen an wissenschaftliche Bibliotheken und Volksbibliotheken nicht mehr aus. Der Erste Weltkrieg und die Inflation zu Beginn der Weimarer Republik schufen Rah-

3 Den Beitrag „Bürgerkultur, städtische Kulturverwaltung und Kulturpolitik. Der Prozeß der Kommunalisierung von Bibliotheken in Frankfurt am Main“ lieferte Dr. Franz Fischer, Frankfurt am Main.

menbedingungen, die der Unterstützung städtischer Kultureinrichtungen durch reiche Bürger endgültig ein Ende setzten. In den 20er Jahren war die Stadt definitiv der Träger und Verwalter von Wissenschaft und Kultur. Erst jetzt begann in Frankfurt am Main eine direkte städtische Kulturpolitik. Sowohl die wissenschaftlichen Bibliotheken als auch die Volksbibliotheken wurden städtische Einrichtungen, allerdings geschah dieses ganz und gar ohne eine bibliothekarische Zielsetzung. Inhaltlich, d.h. für den Bestandsaufbau, die Benutzung und die Qualifizierung der bibliothekarischen Arbeit, war damit keinerlei Weiterentwicklung verbunden. Bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik blieben Frankfurts Volksbibliotheken verglichen mit denen anderer Großstädte in einem enormen Rückstand.

Auch in Lübeck⁴, das als ehemalige Reichsstadt auf eine lange Tradition seiner Bibliotheken verweisen kann und zudem eine führende Rolle in der Bücherhallenbewegung spielte, lagen die Anfänge des städtischen Bibliothekswesens bei bürgerlichen Vereinen. Die Anregungen zur Gründung einer wissenschaftlichen Stadtbibliothek lagen in der Reformationszeit; noch bis in die Mitte des 19. Jhs. kam die Literatur aus verschiedenen wissenschaftlichen Vereinen an die Stadtbibliothek. Für das ganze 19. Jh. kann festgestellt werden, daß die Benutzer vornehmlich akademisch Gebildete waren und die finanzielle Ausstattung im Vergleich zu anderen Städten bescheiden war. Von privater Seite kamen überwiegend ältere Bestände. Städtische Zuschüsse waren vorhanden, doch sie waren gering. Erster hauptamtlicher Leiter der Stadtbibliothek wurde 1879 Karl Curtius, der allerdings kein Bibliothekar war.

Die erste Volksbibliothek wurde 1878 gegründet: Sie sollte breitere Schichten der Bevölkerung mit Literatur versorgen. Gemeint waren damit Handwerker, Gesellen, Arbeiter, Frauen und Schüler. Der Satzungsentwurf sah ausdrücklich vor, die Volksbibliothek mit ihren Beständen und ihrem Ausleihsystem als ein Mittel gegen die sozialdemokratische Agitation einzusetzen. Es wurde eine sog. Volkslesehalle eingerichtet, die keine politischen und sozialdemokratischen Zeitungen anbot und darum von Erwachsenen kaum benutzt wurde.

Wie in vielen anderen Städten beeinflusste Constantin Nörrenberg in Lübeck die Errichtung von Bücherhallen. 1899 wurde aus der Volksbibliothek eine Lesehalle im Sinne der Bücherhallenbewegung. Tageszeitungen und Zeitschriften lagen fortan im Lesesaal bereit, gleichzeitig erfolgte die Errichtung von drei Stadtteilbibliotheken. Träger war bis in die 20er Jahre des 20. Jhs. ein Verein, der Zuschüsse von der Stadt erhielt. Die Zahl der Entleihungen war um ein Vielfaches höher als die der Stadtbibliothek. Unter der Leitung von Bennata Otten stieg die Ausleihe stark an.

Die Zusammenfassung der Stadtbibliothek mit der Lesehalle und den Stadtteilbibliotheken wurde schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert, aber nicht umgesetzt. Während der Weimarer Republik wurde eine Bibliothekskonzeption entwickelt. Führend daran beteiligt war Dr. Willy Pieth, der Leiter der Stadtbibliothek und Anhänger der Bücherhallenbewegung. Pieth wollte eine allgemeine Bildungsbibliothek unter enger Zusammenarbeit mit der Volkshochschule aufbauen, ohne die wissenschaftliche Stadtbibliothek zu vernachlässigen. Vorbild war für ihn die Karlsruher Landesbibliothek. In jedem Fall mußte nach Auffassung Pieths die

Zersplitterung in mehrere Bibliotheken aufgehoben werden. Mit diesen Forderungen geriet der Sozialdemokrat Pieth in einen Gegensatz zur Deutschnationalen Bennata Otten, die sich für den Freistaat Lübeck eine Landesbibliothek, bestehend aus drei Abteilungen, vorstellte: die wissenschaftliche Stadtbibliothek, die Bücherhallen und die Wanderbibliothek für ländliche Gemeinden. Bennata Otten verwies auf Hamburg, das sowohl Bücherhallen als auch eine wissenschaftliche Stadtbibliothek hatte. Pieth setzte seine Konzeption durch, und Bennata Otten schied aus dem Dienst der Stadt aus. Die sozialdemokratische Mehrheit der Stadt finanzierte Pieths Konzept der Literaturversorgung. 59% des gemeinsamen Erwerbungssetats gingen an die Stadtbibliothek, deren Benutzerkreis auf Techniker und Schüler ausgeweitet wurde. 41% des Erwerbungssetats gingen an die Volksbibliotheken, die in den 20er Jahren verstärkt von Arbeitern benutzt wurden. 1926 erfolgte der Neubau der wissenschaftlichen Stadtbibliothek.

Ein nennenswerter Ausbau der Lübecker städtischen Bibliotheken erfolgte erst in den Jahren der Weimarer Republik, als nicht mehr Vereine die Träger waren, sondern die Verwaltung und Finanzierung in städtischer Hand lagen. In Lübeck konvenierten darüber hinaus die sozialdemokratische Ratsmehrheit und der Sozialdemokrat Pieth. Seine durchdachte und erfolgreiche Bibliothekskonzeption wurde verwirklicht. Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde Pieth aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen.

Selbst in Dortmund⁵, der schnell wachsenden industriellen Großstadt, nahm die Bibliotheksgeschichte trotz der anderen Ausgangsbedingungen einen doch ähnlichen Verlauf. Dortmund hatte 1871 44 000 Einwohner, 1932 waren es 550 000. Es war eine Stadt ohne Residenz und reiches Bürgertum. Erst in den 70er Jahren des 19. Jhs. entstanden Initiativen zur Errichtung einer Stadtbibliothek. 1875 wurde die Stadtbibliothek gegründet. Wie in Städten ganz anderen Typs wirkte auch in Dortmund ein Verein auf die Gründung der Bibliothek hin, hier aber von Beginn an gemeinsam mit der Stadt. In Dortmund tat sich dabei besonders der Historische Verein der Stadt hervor, wobei eine enge personelle Verbindung zwischen dem Verein, dem Gymnasium und der politischen Führung der Stadt bestand. Die Stadtbibliothek sollte Literatur für den Magistrat, die Stadtverwaltung, Honoratiorenvereine und höhere Lehranstalten zur Verfügung stellen. Es war nicht daran gedacht, die Lesebedürfnisse breiterer Bevölkerungsschichten zu berücksichtigen. Die Förderung von Schul- und Volksbibliotheken wurde auch in der industriellen Großstadt Dortmund von privater Seite betrieben. Industrielle und private Vereine ergriffen die Initiative, und 1896 gründete die evangelische Schulgemeinde Volksbibliotheken. Bis 1890 dominierte die Stadtbibliothek als Literaturversorgung für Beamte und Schüler der höheren Lehranstalten

4 Den Beitrag „Das Bibliothekswesen der Freien und Hansestadt Lübeck in den Jahren 1870 bis zum Beginn des Nationalsozialismus“ lieferte Dr. Jörg Fligge, Lübeck.

5 Den Beitrag „Öffentliche Literaturversorgung in einer industriellen Großstadt. Das städtische Bibliothekswesen in Dortmund im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“ lieferte Dr. Alois Klotzbücher, Dortmund.

gegenüber den Volksbibliotheken. Dortmund war zwar eine Arbeiterstadt, hatte aber einen vergleichsweise hohen Anteil an Beamten, Angestellten und Selbständigen; darum waren die finanziellen Aufwendungen der Stadt für die Stadtbibliothek höher als die für die Volksbibliotheken. Erst in den 90er Jahren änderten sich die Verhältnisse. Die Ruhrgebietsstädte konkurrierten in diesen Jahren bei der Errichtung von Kultureinrichtungen. Jede Stadt sah sich nunmehr zur Unterstützung der Kultur verpflichtet. Die Bücherhallenbewegung tat das Ihrige und förderte auch in Dortmund die Entwicklung hin zu einer Einheitsbibliothek. 1898 ging die Vorlage zur Reform der städtischen Bibliotheken an den Magistrat; daraufhin brachten leitende Beamte in enger Zusammenarbeit mit der Comenius-Gesellschaft die Bibliothekserneuerung voran. Die reformierte Stadtbibliothek sollte, auf die lokalen Bedürfnisse abgestimmt, eine wissenschaftliche Bibliothek und Fachbibliothek, weniger eine allgemeine Bildungsbibliothek werden. 1908 wurde die neue Stadtbibliothek eröffnet, es standen dafür die Gelder zweier privater Stiftungen und städtische Gelder zur Verfügung. Vorbild war die Stadtbibliothek in Posen, die lange Öffnungszeiten und ausreichend Platz bot. Lesehallen und Zweigstellen gehörten mit zum städtischen Bibliothekssystem. Der Bestandsaufbau der Stadtbibliothek wurde ausgerichtet auf die Fachliteratur für Technik und Gewerbe, auf Gymnasiasten und auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte. Belletristik wurde wenig angeschafft. Die Bedürfnisse der städtischen Wirtschaft und der höheren technischen Bildungsanstalten standen im Vordergrund. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Bibliothekserneuerung von Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen begleitet. Die Liberalen hatten die Mehrheit und trugen den Ausbau, das Zentrum war gegen städtische Bibliotheken, und die SPD verlangte mehr städtische Unterstützung. Bis 1900 hatte das Ruhrgebiet keine größere wissenschaftliche Bibliothek. Die Dortmunder Bibliothekspolitik machte aus der Stadtbibliothek die erste wissenschaftliche Bibliothek der Region. Während es in anderen Städten durch die Bücherhallenbewegung zu einem Traditionsbruch in der Geschichte der wissenschaftlichen Stadtbibliothek kam, wurden in Dortmund diese Impulse anders genutzt. Die Jahre der Weimarer Republik waren gekennzeichnet von einer Kontinuität, auch unter SPD-Regierungen wurde das Erwerbungsprofil beibehalten. Die Dortmunder Stadtbibliothek diente weiterhin vornehmlich wissenschaftlichen Zwecken. Die Stadt förderte 1925-1928 die Bibliothek in nennenswertem Umfang, 1927 wurde die Stadtbibliothek Dortmund Landesbibliothek.

Anders als in anderen Industrie- und Arbeiterstädten verlief in Dortmund auch die Entwicklung der Volksbibliotheken. Zwar hatte die SPD in den 20er Jahren die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, aber zum einen sorgten personelle Kontinuitäten in der Verwaltung weiterhin für die bevorzugte Unterstützung der Stadtbibliothek, und zum anderen sah die SPD ihren Schwerpunkt in der Sozialpolitik. Bibliotheksarbeit hatte einen sehr niedrigen Stellenwert, auch Arbeiterbibliotheken spielten kaum eine Rolle. Eine städtische Bibliothekspolitik, die die öffentliche Versorgung breiterer Bevölkerungskreise mit Literatur vorsah, wurde in Dortmund erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt.

Der Großraum Berlin⁶, der aus der Stadt Berlin und

sieben weiteren eigenständigen Kommunen bestand, war am Übergang vom 19. zum 20. Jh. ein schnell wachsender industrieller Ballungsraum. Die Geschichte der Volksbibliotheken der Städte dieses Ballungsraumes war während des Kaiserreichs alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Erst in den 20er Jahren sorgten veränderte Mehrheiten in den Bezirken Großberlins, das 1920 gegründet wurde, für Verbesserungen bei den Volksbibliotheken. Für Berlin forderte Gottlieb Fritz bereits 1903 den Aufbau eines städtischen Bibliothekssystems mit zentraler Einheitsbibliothek; zwanzig Jahre später als Berliner Volksbüchereidirektor mußte er sich immer noch für solch eine Neugestaltung einsetzen. Der Anfang der Berliner Volksbibliotheken liegt bei Friedrich von Raumer. Die erste Lesehalle wurde unter der Trägerschaft von Vereinen in den 90er Jahren eingerichtet. Die Benutzung der Lesehalle war kostenlos. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hatte sich stark für diese Lesehalle eingesetzt, eine Arbeiterbibliothek wurde sie allerdings nicht. Es wurden auch SPD-nahe Zeitungen angeboten, doch der Bestandsaufbau hatte eine breitere Benutzung zu gewährleisten und möglichst das Bildungsstreben von Arbeitern zu kanalisieren. Mit der Gründung von Volksbibliotheken wollte man eine sozial- und bildungspolitische Betreuung bildungsferner Schichten erreichen. Eine enge Verknüpfung mit den Schulen war von Beginn an beabsichtigt, was sich in der Unterbringung von Volksbibliotheken in Schulen ausdrückte. Aber die Ausstattung der Volksbibliotheken war eher dürftig. 1901 beschloß der Magistrat die Einrichtung einer Public Library, die dann 1907 als Zentralverwaltung und wissenschaftlicher Oberbau für die Volksbibliotheken eröffnet wurde.

In Charlottenburg gaben ebenfalls Vereine den Anstoß zur Gründung von Volksbibliotheken. Die Comenius-Gesellschaft war seit 1893 aktiv. Kontakte zu C. Nörrenberg wurden hergestellt. 1896 bildete sich ein Komitee zur Errichtung einer öffentlichen Lesehalle; die Mitglieder des Komitees waren Akademiker und Magistratsangehörige. Da das private Spendenaufkommen nicht ausreichte, mußte die Stadt die Volksbüchereien von Beginn an mit unterstützen. Das Literaturangebot richtete sich insofern an die unteren Gesellschaftsschichten, also die Arbeiter, als man ihr Bildungsstreben kanalisieren wollte. In Charlottenburg wurde die Bildungsfrage als soziale Frage begriffen. 1898 wurde die vorhandene Volksbibliothek zur Lesehalle ausgebaut, ein Neubau mit einer beachtlichen Zahl von Leseplätzen wurde geschaffen, eine Zentralbibliothek mit Zweigstellen wurde eingerichtet. Man wollte die Volksbibliothek als eigenständige Institution der öffentlichen Bildungspflege etablieren und sie zu einem festen Bestandteil der Kommunalpolitik machen. Die Konzeption dazu stammte von Gottlieb Fritz, und insgesamt waren die Charlottenburger Aktivitäten so beeindruckend, daß man vom Modell Charlottenburg sprach.

In Wilmsdorf gründete ein Verein 1893 eine Volksbücherei. Sie wurde 1901 kommunalisiert, als der Verein in Finanznot geriet. Die Stadt unterstützte diese und drei

6 Den Beitrag „Charlottenburg und andere. Zur Typologie von kommunalen Bibliotheksgründungen und Bibliotheken im Berliner Großraum in der Phase der Bücherhallenbewegung“ lieferte Harald Pilzer, Detmold.

weitere Volksbibliotheken nur mäßig. Wilmersdorf war eine Stadt des gehobenen Bürgertums, im Vordergrund der Kommunalpolitik standen die Steuerpolitik und die Pflege des höheren Schulwesens. Investitionen wurden getätigt für die Kanalisation, die Stadtbildpflege und den U-Bahnbau. Die Honoratioren, die sich um Volksbibliotheken hätten kümmern können, fehlten.

In Neukölln, der proletarischen Großstadtgemeinde, war die Ausgangssituation wiederum eine andere. Das Dreiklassenwahlrecht hatte seine Auswirkungen auch auf das Kommunalwahlrecht, und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung konnte in der Stadtverordnetenversammlung ihre Forderungen nicht durchsetzen. Die Volksbibliothek lag ab 1906 in städtischer Hand und war unzureichend ausgestattet. 1914 wurde ein Neubau mit Lesehalle eingeweiht, Zweigstellen wurden in den 20er Jahren eröffnet. Der schnell wachsende Stadtteil war noch in den 20er Jahren infrastrukturell völlig unzureichend ausgestattet. Es fehlte praktisch an allem: Wohnraum, Schulen, Krankenhäuser, Kanalisation, Verkehrsanbindung etc. Die Errichtung von Volksbibliotheken mußte dahinter zurückstehen.

Das Bibliothekswesen der Stadt Hannover⁷ hat drei Wurzeln: die wissenschaftliche Stadtbibliothek, die bürgerlichen Lesegesellschaften und die privaten Volksbibliotheken. Hannover war lange eine kleine und unbedeutende Landstadt. Erst 1633 kam der Fürstenhof nach Hannover, womit der langsame Ausbau der Stadt begann. Im 18. Jh. entstanden die bürgerlichen Lesegesellschaften; sie und die höhere Bildungsanstalt waren die Gruppen, für die eine umfangreichere Literaturversorgung Bedeutung hatte. 1867 entstand auf privater Basis eine Initiative zur Gründung von Volksbibliotheken. 1894 wurde ein Verein für Volksbibliotheken gegründet, die Mitglieder waren Honoratioren der Stadt. Sowohl der Verein als auch die Volksbibliotheken führten allerdings ein kümmerliches Dasein. Die Lage der städtischen Literaturversorgung besserte sich 1894 dadurch etwas, daß die wissenschaftliche Stadtbibliothek im Kestner-Museum eigene Räume beziehen und endlich ihre Bestände zusammenfassen und sichern konnte. Darüber hinaus wurde der Bestandsaufbau ausgeweitet. Um aus der wissenschaftlichen Stadtbibliothek eine allgemeine Bildungsbibliothek zu machen, wurde zunehmend populärwissenschaftliche Literatur angeschafft. Die Anregungen der Bücherhallenbewegung wurden somit in Hannover aufgegriffen, der Verein für allgemeine Volksbüchereien pflegte enge Kontakte zu C. Nörrenberg. Die Honoratioren der Stadt lehnten jedoch den Ausbau der Volksbüchereien ab. Die Eröffnung einer Bücherhalle 1903 wurde nur verwirklicht, weil ein Bürger Räume zur Verfügung stellte. Nach Kriegsende war die Finanzkraft des Vereins erschöpft. In den Jahren der Weimarer Republik gingen die Volksbibliotheken in die städtische Hand über, und das erste kommunale Bibliothekssystem Hannovers wurde aufgebaut. 1927 wurde ein Bibliotheksprogramm entwickelt, das die Bibliotheken innerhalb der kommunalen Bildungspolitik ansiedelte. In der Folge wurden das Stadtarchiv und die Stadtbibliothek getrennt. Die Stadtbibliothek wurde die Zentrale der Volksbüchereien und war zudem für die Altbestandspflege zuständig. 1931 erhielt die Stadtbibliothek ihren beachtenswerten Neubau in zentraler Lage, der Ausbau der Stadtteilbibliotheken wurde bis in die ersten Kriegsjahre fortgesetzt.

Während des Kaiserreichs erhielten die wissenschaftlichen Stadtbibliotheken in etlichen Städten bedeutende Neubauten. Aus kunst- und architekturgeschichtlicher Sicht wurden die Neubauten unter Zuhilfenahme von Lichtbildprojektionen vorgestellt und bewertet⁸. Es ist sehr schade, daß ein Tagungsbericht solch einen illustrativen und aufschlußreichen Vortrag allenfalls unzureichend wiedergeben kann.

Neubauten entstanden in Frankfurt am Main, Augsburg, Bremen, Aachen, Posen, Kassel, Danzig, Braunschweig, Mainz und Düsseldorf; Köln erhielt gleich zwei Neubauten. Die zwölf Neubauten sprechen für die Aufwertung und die kommunalpolitische Konsolidierung, die die wissenschaftlichen Stadtbibliotheken im letzten Drittel vor der Jahrhundertwende erfuhren. Zudem waren die Bestände während des gesamten 19. Jhs. so angewachsen, daß eigene Gebäude und vor allem eigene Magazintrakte notwendig wurden. Auch die Ausweitung der Benutzung und das größere Angebot an Präsenzliteratur erforderten andere und größere Räumlichkeiten. Die Neubauten entstanden in der Regel an zentralen Stellen der Städte, womit die Stadtregierungen und -verordneten die Wichtigkeit der Stadtbibliotheken betonten. Von der Konstruktion her waren die Gebäude sämtlich moderne Bauten mit Eisenbau in den Magazintrakten. Die Fassaden und die Innenraumgestaltung waren dagegen vom Historismus geprägt; da dominierten Neorenaissance und Neoklassizismus. Die Benutzungsräume hoben sich architektonisch nur wenig ab. Die Gestaltung von Fassaden und Benutzungsräumen hatte der gediegenen Repräsentation zu dienen. Die Geschichte der Murhardschen Bibliothek der Stadt Kassel⁹ ist eng mit ihren Stiftern, den Brüdern Murhard, verknüpft. Die Murhardsche Stiftung, ein Beispiel für bürgerliches Mäzenatentum im 19. Jh., wurde 1863 ins Leben gerufen und sah die Errichtung einer allgemein zugänglichen Bibliothek vor. In ihrem Testament hatten die Brüder Murhard festgelegt, daß die Bibliothek eine öffentliche Bibliothek für politische Ökonomie und Staatswissenschaft sein sollte und der Bildung der Stadt zu dienen hatte. Die Brüder Murhard wollten mit dieser Bibliothek ihr Bildungsverständnis in die Wirklichkeit umsetzen. Danach war jeder Bürger verpflichtet, sich zu bilden und sich über Bildung sein Recht zu erkämpfen. Eine staatswissenschaftliche Bibliothek, deren Bestandsaufbau unabhängig von der fürstlichen Staatsführung erfolgen konnte, erschien den Brüdern Murhard für solche Zwecke besonders geeignet.

Der Leiter der Landesbibliothek wurde zunächst auch Leiter der Murhardschen Bibliothek. 1872/73 wurde für die Bibliothek der Stiftung ein eigener Leiter bestellt, und erst dieser sollte die Bibliotheksgründung verwirklichen. Die Idee einer ständigen gemeinsamen Verwaltung von Landesbibliothek und Stiftungsbibliothek kam sehr früh auf, scheiterte aber vornehmlich an Differenzen zwischen den leitenden Bibliothekaren der beiden Einrich-

7 Den Beitrag „Die Bibliotheken der Stadt Hannover“ lieferte Dr. Marion Beaujean, Hannover.

8 Den Beitrag „Bauten für Stadtbibliotheken im Kaiserreich“ lieferte Dr. Hanns Michael Crass, Düsseldorf.

9 Den Beitrag „Bürgerliches Mäzenatentum in Bibliotheken. Die Murhardsche Bibliothek in Kassel“ lieferte Dr. Hans-Jürgen Kahlfuß, Kassel.

tungen. Die provisorische Eröffnung der Murhardschen Bibliothek erfolgte 1875. Die eigentliche Eröffnung folgte erst 1905. Nach dreißig Jahren zwar provisorischer, aber benutzerorientierter Arbeit war die Murhardsche Bibliothek bei den Kasseleranern fest etabliert. Der Bestandsaufbau wurde nämlich nach der provisorischen Öffnung nicht mehr nach den Stiftungsvorgaben ausgerichtet, sondern in Richtung auf eine universale wissenschaftliche Stadtbibliothek entwickelt.

Die Zusammenhänge von Kommunalisierung und Arbeiterbibliotheken wurden anhand der Tätigkeiten Gustav Hennigs¹⁰ betrachtet. Gustav Hennig war in Leipzig aktiv im Arbeiterbildungsverein und trieb insbesondere die Literaturversorgung für die Arbeiterschaft voran. Er gab die Fachzeitschrift „Der Bibliothekar“ heraus und arbeitete in seinen Bibliotheken sehr erfolgreich. Durch seine Kritik an der kommunalen Bibliotheksförderung gab er wichtige Anstöße zum Ausbau der Leipziger Volksbibliotheken. Zu Beginn des 20. Jhs. war nach G. Hennigs Auffassung eine Zukunft für die Arbeiterbibliotheken nur gegeben, wenn die organisatorischen Arbeiten der Bibliotheken besser aufeinander abgestimmt wurden. Er forderte die Zusammenlegung, Zentralisierung und einen gemeinsamen Katalog. Streitpunkt im Bestandsaufbau war nach wie vor die Schöne Literatur; es konnte keine Einigkeit darüber erzielt werden, ob die bloße Zerstreuung zum Arbeiterbildungswesen gehörte. Bis in die 20er Jahre, bis zum Ausbau des kommunalen Bibliothekssystems, bestand ein starkes Konkurrenzempfinden gegenüber den bürgerlichen Bibliotheken der Stadt. In Leipzig reichte aber spätestens in den Jahren der Weimarer Republik die Tragfähigkeit der Arbeiterbildungsvereine nicht mehr aus, um dem gestiegenen Bedarf an Räumlichkeiten, Bestandsumfang und qualifizierter bibliothekarischer Arbeit gerecht zu werden. Diese Entwicklung war bereits in den ersten Nachkriegsjahren erkennbar. In diesen Jahren ging die Benutzung bereits stark zurück, und darüber hinaus hatte die Inflation verheerende Auswirkungen. Die Weimarer Republik war der Staat der Arbeiterbewegung, die Ausgrenzung der proletarischen Bildungsarbeit war überwunden und eine Kommunalisierung Leipziger Arbeiterbibliotheken bot sich nach G. Hennigs Urteil an. Vorbilder für diese Art der Kommunalisierung sah man in Lübeck und München.

Einen anderen Weg beschritt G. Hennig in Gera. Dort versuchte er nach dänischem Vorbild in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg noch einmal ein Netz von Arbeiterbibliotheken aufzubauen, konnte auch noch einmal einiges erreichen, scheiterte aber letztlich daran, daß das Land Thüringen mit Hilfe W. Hofmanns ein eigenes Bibliothekskonzept entwickelte. Doch auch in Thüringen war deutlich zu erkennen, daß das Arbeiterbildungswesen nicht mehr in der Lage war, ganze Bibliothekssysteme zu finanzieren. 1928 ging G. Hennig noch nach Berlin in die Zentralstelle für Arbeiterbibliothekswesen, doch das Kapitel Arbeiterbibliotheken war eigentlich schon abgeschlossen.

Wieder anderen Ursprungs und doch wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für die Bürger der Stadt Karlsruhe und des gesamten Landes war die badische Hof- und Landesbibliothek¹¹. Sie war in deutschen Ländern die erste wissenschaftliche Bibliothek, die eine Benutzerfreundlichkeit ausdrücklich erstrebte. Für die Anhänger der Bücherhallenbewegung zählte die Landesbibliothek

in Karlsruhe als Vorbild für die Einheitsbibliothek; sie galt als erste Public Library Deutschlands. Ein wahrer Glücksfall für die Bibliotheksgeschichtsschreibung, was die Quellen betrifft, sind für Karlsruhe die Briefe des Direktors Brambach.

Schon im 18. Jh. zeichnete sich die Hofbibliothek in Karlsruhe durch lange Öffnungszeiten und Zugänglichkeit für jeden Einwohner der Stadt zur Ausleihe aus und war damit eine echte öffentliche Bibliothek. Kataloge existierten bis 1830 nicht, die Aufstellung war ungeordnet. Die Zugänglichkeit des Bestandes wurde erst im Laufe des 19. Jhs. verbessert. In den 70er Jahren übernahm Brambach die Leitung der Bibliothek, ein Neubau war inzwischen vorhanden. Brambach entwarf noch vor seinem Dienstantritt eine Aufstellungssystematik und legte Katalogregeln fest. Als nächstes ging er den Bestand kritisch durch und ließ makulieren. Sein Ziel war nicht die Gelehrtenbibliothek, er wollte eine Bibliothek für die allgemeine Bildung aufbauen. Die Benutzbarkeit des Bestandes in der Ausleihe und in den Räumen der Bibliothek stand im Mittelpunkt der Bibliotheksarbeit. Brambach ließ zur Verwirklichung seiner Bibliothek den Neubau umbauen, Lesezimmer und Treppe wurden verlegt. Brambach war bei allen seinen Überlegungen und Anordnungen sehr praxisorientiert, innovativ und risikofreudig. War im letzten Drittel des 19. Jhs. die Benutzung für eine ihrem Ursprung nach wissenschaftliche Bibliothek doch sehr freiheitlich geregelt und richtete man sich sozial an einen sehr breiten Bevölkerungskreis, so war doch nie beabsichtigt, Arbeiter als Benutzer zu gewinnen oder volksbibliothekarische Ziele zu verfolgen. 1875 wurde in Karlsruhe ein Verein für die Verbreitung von Volksbildung gebildet. Nach dem Vorbild Berlins sollten in Karlsruhe Volksbibliotheken die Versorgung der Arbeiterschaft mit Literatur übernehmen. Eine Stadtbibliothek wurde in Karlsruhe erst 1922 eröffnet.

Ganz neue Aspekte der Beziehung zwischen der Stadt und den lokalen Bibliotheken brachte die Öffnung der Universitätsbibliotheken¹² für eine breitere Benutzerschaft bzw. außeruniversitäre Aufgaben.

Die meisten Universitätsbibliotheken ließen ab der Mitte des 19. Jhs. die Ausleihe an außeruniversitäre Benutzer zu. München und Berlin bildeten hierbei Ausnahmen. Das Selbstverständnis der Universitätsbibliotheken und ihrer Bibliothekare hatte sich gewandelt; man begriff sich nicht mehr als Eigentum des Fürsten oder der Korporation und wollte auch die Literaturversorgung der akademisch gebildeten Öffentlichkeit übernehmen. Daran anschließend entwickelte sich eine Diskussion über das

10 Den Beitrag „Verstaatlichung oder Verstadtlichung? Gustav Hennig und die Diskussion über die Perspektiven der Arbeiterbibliotheken vor und nach dem Ersten Weltkrieg“ lieferte Felicitas Marwinski, Weimar. – Vgl. jetzt auch Felicitas Marwinski: Sozialdemokratie und Volksbildung. Leben und Wirken Gustav Hennigs als Bibliothekar. München, New Providence, London, Paris: Saur 1994. 130 S. (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte. Bd. 9.) [Anm. d. Red.]

11 Den Beitrag „Allen Landesangehörigen in freier Weise zugänglich.“ Die Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe im 19. Jahrhundert“ lieferte Dr. Gerhard Römer, Ettlingen.

12 Den Beitrag „Stadt und Universitätsbibliothek. Entwicklung der außeruniversitären Funktionen der Hochschulbibliotheken im 19. und 20. Jahrhundert“ lieferte Dr. Michael Drucker, Regensburg.

Nebeneinander von Universitätsbibliotheken und wissenschaftlichen Stadtbibliotheken. Zur selben Zeit erfuhren die Universitätsbibliotheken eine weitere Anerkennung von staatlicher Seite dadurch, daß man ihnen regionale Aufgaben zuwies und sie mit dem Pflichtexemplarrecht ausstattete. In der Preußischen Leihverkehrsordnung von 1897 wurde ganz selbstverständlich davon ausgegangen, daß Universitätsbibliotheken regionale Verpflichtungen hatten und auch für die Versorgung der Provinz zuständig waren. Die Bücherhallenbewegung trat der zunehmenden Aufgabenausweitung der Universitätsbibliotheken entgegen; die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Fachliteratur für Ausbildung und Beruf sollte keinesfalls auch noch von den Universitätsbibliotheken übernommen werden. C. Nörrenberg trat dafür ein, Literatur der allgemeinen Bildung und der beruflichen Bildung ausschließlich von Volksbibliotheken erwerben zu lassen. Diese Festlegung widersprach dem gewandelten Selbstverständnis der Universitätsbibliotheken, die sich gegen Ende des 19. Jhs. durchaus nicht der allgemeinen Bildung, Ausbildung und sogar Unterhaltung verschließen wollten. In den Jahren der Weimarer Republik vertraten Universitätsbibliothekare nachdrücklich den Standpunkt, ihren Bestandsaufbau einerseits an streng wissenschaftlichen Ansprüchen zu orientieren und andererseits breiteren Ansprüchen gerecht zu werden. Ebenso wendeten sich in den 20er Jahren die Professoren vermehrt an ein breiteres Publikum, und die Universität verstand sich zunehmend als eine Institution, von der Impulse für das kulturelle Leben der Stadt ausgingen. Die städtischen Universitäten in Frankfurt am Main, Köln und Hamburg wurden sogar mit

dieser Absicht gegründet. Aus den Gelehrtenbibliotheken der Universitäten wurden im 20. Jh. Bibliotheken, die sich einem allgemeinen ernsten Bildungsstreben gegenüber öffneten.

Einen Sonderfall stellte die Versorgung von Angehörigen der technischen Berufe dar. Nur wenige wissenschaftliche Stadtbibliotheken übernahmen die Literaturversorgung dieses Personenkreises. Die Bibliotheken der Technischen Hochschulen taten dieses und stellen nie in Frage, dafür zuständig zu sein.

Nach dieser Vielfalt an Lokal- und Fallstudien resümierte Jörg Fligge, daß eine Generalisierung nur schwer vorgenommen werden könne. Einerseits füllten die Beispiele Lücken sowohl der Bibliotheksgeschichte als auch der Stadtgeschichte. Andererseits müßten sie beim jetzigen Stand der Forschung als Steine eines Mosaiks betrachtet werden, das noch nicht fertiggestellt sei. Die Veröffentlichung der Vorträge in einem Tagungsband wird sowohl für Bibliothekshistoriker, die hier erstmals vom Arbeitskreis ein Querschnitts-Thema präsentiert bekommen, als auch für Stadthistoriker, die die Bibliotheken in ihren Betrachtungen mehr als vernachlässigen, von Belang sein.

Anschrift der Autorin:

Dr. Angelika Hohenstein
Bibliothek für Zeitgeschichte
Konrad-Adenauer-Str. 8
D-70173 Stuttgart